

LANDWIRTSCHAFT IN LUXEMBURG

Bioboom dank BSE?



Änder Schanck, Geschäftsführer der "Biobaueregenossenschaft" und des Großhandels "Biogros". (Foto: Hilde Leubner)

Luxemburgs Biobauern profitierten wie ihre europäischen Nachbarn von der BSE-Krise. Wie nachhaltig ist diese Wirkung? Wie "ökologisch" wird das neue Agrargesetz, das die Regierung vorgelegt hat? WOXX sprach mit Änder Schanck, Geschäftsführer der "Biobaueregenossenschaft" und des Großhandels "Biogros".

WOXX: BSE und MKS sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Panik unter den VerbraucherInnen scheint sich auch zu legen. Verkauft die Biobaueregenossenschaft wieder weniger als zu den Spitzenzeiten der Fleischskandale?

Änder Schanck: Ja, man kann sagen, dass die Verkaufszahlen leicht rückläufig sind.

Was hat die Krise dem Biolandbau in Luxemburg gebracht?

Der Umsatz unseres Großhandels ist um 30 bis 40 Prozent gestiegen. Das war schon schön. Aber auch stressig - unser Lager platzte aus allen Nähten, viele von uns mussten Überstunden machen, wir waren ständig auf der Suche nach neuem Personal. Wir hätten sicher noch mehr verkaufen können, wenn wir die nachgefragten Produkte - etwa Fleisch - im Angebot gehabt hätten. Das hat natürlich auch bewirkt, dass jetzt einige landwirtschaftliche Betriebe auf Biolandbau umsteigen wollen.

In Luxemburg werden immer noch weniger als ein Prozent der Anbaufläche biologisch bewirtschaftet. In der EU gibt es Länder, die bringen es auf über zehn Prozent. Wieso hinkt Luxemburg so hinterher?

Eines der Länder, das führend auf diesem Gebiet ist, ist beispielsweise Dänemark, wo außerdem eine sehr intensive Landwirtschaft betrieben wird. In solchen Ländern wird oft parallel das andere Extrem gefördert. In Luxemburg arbeiten ohnehin viele Betriebe weniger intensiv. Die Positionen sind weniger polarisiert. Zudem spielt die allgemein eher konservative Haltung eine Rolle. Es gibt hier keine Universität, keine Studenten ...

Wie nachhaltig ist die positive Stimmung gegenüber Biolandwirtschaft in der Politik? Sie haben gerade die politischen Parteien abgeklappert, um für den Biolandbau in Luxemburg zu werben. War die Tour erfolgreich?

Mir ist aufgefallen, dass relativ wenige von denen, die zurzeit mitreden, wirklich kompetent im Fachbereich Landwirtschaft sind. Das ist zum Teil verständlich, weil diese Personen oft verschiedene Bereiche abdecken müssen. Das Problem haben wir in Luxemburg nun einmal. Dadurch können bestimmte konservative Gruppierungen ihre Vorstellungen besser durchsetzen.

Zum Beispiel?

Es scheint mir doch symptomatisch zu sein, dass es sich beispielsweise die Landwirtschaftskammer momentan noch erlauben kann, die Unterstützung der Beratungsstelle für biologischen Landbau auf 50 Prozent zu begrenzen. Mit der Begründung, der Ökolandbau stelle die konventionelle Landwirtschaft in Frage. Die Verantwortlichen haben offensichtlich nicht bemerkt, dass die Konsumenten dies in verstärktem Maße tun.

Auch die Regierung will etwas tun. Premierminister Jean-Claude Juncker sprach in seinem Bericht zur Lage der Nation davon, die biologisch bewirtschaftete Fläche auf zehn Prozent zu erhöhen. Wie realistisch ist das?

Wichtiger als die Prozenten-Diskussion finde ich, dass Jean-Claude Juncker in seiner Stellungnahme ganz deutlich zwischen der biologischen und der konventionellen Landwirtschaft unterschieden hat. Dies ist eine klare Aussage, eine Differenzierung, wie sie hierzulande noch nicht üblich war.

Dennoch: Wäre in den nächsten Jahren in Luxemburg eine Verzehnfachung der Fläche unter den gegebenen Umständen realistisch?

Ich glaube nicht. Unsere Betriebe sind zu sehr auf die konventionelle Wirtschaftsweise fixiert. Alle Beteiligten im Wirtschaftsprozess müssen noch

zeigen, ob sie bereit sind, nachhaltig umzudenken.

Im neuen Agrargesetz sind diverse Maßnahmen zur Unterstützung der Biolandwirtschaft vorgesehen. Dennoch sind viele unzufrieden mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf. Ist das Gesetz ein Rückschritt?

Nein, aber es entspricht nicht den Anforderungen unserer Zeit. Die Tatsache, dass heutzutage viele die konventionelle Landwirtschaft in Frage stellen, schlägt sich in keinem der Paragraphen nieder.

Wo müsste mehr Geld investiert werden?

In erster Linie in eine vernünftige Beratung, Ausbildung und Forschung. Zudem müsste die Verteilung der Prämien neu organisiert werden.

Die Biobauern fordern "attraktivere Prämien für die Umstellung". Was heißt das konkret?

Im aktuellen Vorschlag der Regierung werden zwar die Prämien für die konventionellen Betriebe auf das in der EU zulässige Maximum erhöht - dasselbe Prinzip wurde jedoch nicht in Bezug auf die Prämie für Ökolandbau angewandt.

Das neue Agrargesetz will die Vermarktung von Bioprodukten und Produkten aus integriertem Anbau fördern. Das ist doch positiv.

Das sehe ich nicht so. Es gibt, wie gesagt, zwei verschiedene Arten Landwirtschaft zu betreiben: die biologische und die konventionelle. Zur letzteren gehört auch der integrierte Landbau, der langfristig die gesamte konventionelle Landwirtschaft ausmachen soll.

"Alle Beteiligten im Wirtschaftsprozess müssen noch zeigen, ob sie bereit sind, nachhaltig umzudenken."

Dadurch, dass jetzt einfach alles in einen Topf geschmissen wird, wird es bestimmt keine Neuorientierung in der Landwirtschaft geben. Wir haben den Antrag gestellt, dass dies im Agrargesetz entsprechend formuliert wird.

Wäre es nicht besser, anstatt "bio" und "integriert" gegeneinander auszuspielen, in Luxemburg gesamtpolitisch auf eine extensive Landwirtschaft zu bauen, die ein gewisses Mindestmaß an Qualitätsprodukten für alle garantieren kann?

Von mir aus muss nicht unbedingt zwischen "guten" biologischen und "weniger guten" konventionellen Produkten ausgewählt werden. Es sollte lediglich eine ehrliche Kostenaufstellung erfolgen. Eine Rechnung, die nach dem Prinzip "pollueur payeur" gemacht wird, in der versteckte Subventionen zur Folgeschädenbeseitigung - etwa die Gewässerreinigung - mit berücksichtigt werden. Dann hätten wir die korrekten Preise vor Augen und es würde uns sicher leichter fallen, zu entscheiden, welche Landwirtschaft wir künftig haben wollen.

Interview: Danièle Weber

CLAE: pas d'accord avec la procédure de régularisation

Le Comité de Liaison et d'Action des Etrangers (CLAE), une des organisations accompagnant les personnes voulant régulariser leur séjour au Luxembourg, vient de critiquer différents aspects de la procédure fixée par le gouvernement. Du fait que les ONG doivent faire ce travail d'accompagnement quasiment seules et sans aide financière de l'Etat, et vu l'afflux massif de personnes intéressées, les autres services du CLAE sont complètement paralysés.

Selon le CLAE, quelques améliorations sont certes survenues dans la procédure: ainsi les copies conformes des passeports peuvent maintenant être faites aux bureaux mêmes de la cellule de régularisation. Mais d'autres conditions, comme la nécessité d'avoir un travail continu depuis le 1^{er} janvier 2000 ou un passeport en cours de validité, devraient également être allégées. Parmi les personnes en procédure d'asile, 3000 sont exclues d'office de la régularisation à cause de la date butoir du 1^{er} juillet 1998, même si elles peuvent se prévaloir d'une promesse d'embauche. "Il appartient à nos permanents de les informer qu'ils ne rentrent pas dans cette procédure. C'est un drame pour nos permanents et pour les familles qui viennent pleines d'espoir dans nos bureaux."

Mémo mit Juncker in Göteborg

Mit einem 15seitigen Dokument des Mouvement Ecologique im Gepäck wird sich Staatsminister Jean-Claude Juncker diese Woche zum EU-Gipfel nach Göteborg aufmachen. Dieser Gipfel bietet, so der Mémo optimistisch, "eine herausragende Chance, den Begriff 'Nachhaltigkeit' endlich mit Leben zu füllen". Immerhin: Junckers Parteiblatt, das "Wort", widmete dem NGO-Papier einen Vierspalter auf Seite 4.

In Göteborg wird ein ziemlich vage gehaltenes Papier der Kommission zur EU-Strategie in Sachen Nachhaltigkeit diskutiert werden. Europäische Umweltverbände, darunter der Mémo, haben jetzt ihre Stellungnahmen dazu veröffentlicht (Dokumente in voller Länge unter www.emweltcenter.lu). Der Mouvement Ecologique will unter anderem, dass Jean-Claude Juncker sich in Göteborg formal für die Einführung zentraler Indikatoren der Nachhaltigkeit einsetzt. Zudem sollen bestehende ökologisch widersinnige Unterstützungsmechanismen überarbeitet, die Senkung des Ressourcenverbrauchs zum europäischen Ziel erklärt, Nachhaltigkeit zum Leitmotiv der Forschung werden ... Bleibt zu hoffen, dass der Premier das Mémo-Papier oder mindestens das 'Wort' auch wirklich eingepackt und gelesen hat.

Dénomination masculine pour tout-e-s les élèves

Entre LA Ministre de la Promotion Féminine, Marie-Josée Jacobs, et LE Ministre de l'Education Nationale, Anne Brasseur, il n'y a pas de "manque de coordination" mais plutôt une "divergence d'appréciation en la matière". Voilà l'explication bien honnête donnée par Anne Brasseur en réponse à une question parlementaire de la députée verte Renée Wagener concernant la brochure "Que faire après la 6^e année scolaire?", où tous les noms de métiers sont exclusivement mentionnés au masculin. La députée Wagener y voit une contradiction avec les efforts du ministère de la promotion féminine, qui en 1999 a publié un guide énumérant les métiers, titres et fonctions au féminin.

"La brochure s'adresse à tous les élèves et leurs parents", explique Anne Brasseur dans sa réponse, donnée le 6 juin. Dans le souci de la rendre "bien lisible" et de fournir des explications "claires et compréhensibles", la terminologie utilisée se limiterait aux "noms courants et officiels des métiers". Anne Brasseur n'hésite pas à se référer dans son argumentation à l'Académie française, sans toutefois préciser que le Premier Ministre Lionel Jospin avait publié une circulaire recommandant aux membres du gouvernement de veiller à la féminisation des noms de métier.

